KBA 17318

Wahldienst

I.

Ein Wort zur Lage.

Aus dem Brief des Coetus reformierter Prediger Deutschlands 22.2.37:

"..... Günter Jacob schreibt in seinem Vortrag "Kirche oder Sekte" auf S. 6, dass es im Kriegszustand Augenblicke gibt, in denen der Feind tiefen Einblick in die eigenen Pläne bekommt. So zerrissen am Freitag, den 12.2. (Zoellners Rücktritt) und Samstag, den 13.2. (Kerrlrede) die dicken Nebel und gewährten der Kirche einen tiefen Einblick in die Pläne des Gegners. Diese gefährliche Eindeutigkeit vom Samstag ist aber schnell wieder durch künstliche Nebelbildung überwunden worden. Für uns gilt es deshalb, die gewonnene Einsicht festzuhalten und unseren Gemeinden mitzuteilen und sie aufzurufen zur Entscheidung für oder wider Christus. Um nichts anderes geht es. Die Bekennende Kirche hat den Dienst eines Josua zu tun: Ich aber und mein Haus wollen dem Herrn dienen. ... So geschieht es zur Zeit in den verschiedenen Provinzen der altpreussischen Union, wo man mit Provinzialpfarrerversammlungen begonnen hat und an verschiedenen Stellen erleben durfte, dass auch Leute der Mitte und sogar aus dem Lager der DC in ihrer Ratlosigkeit zu uns kamen. Sie werden fragen, ob jetzt nicht die Zeit gekommen ist, dass die Bekennende Kirche mit den Bischöfen des Südens zusammen in einer Front des Glaubens den Kampf führt. Es sind auch lange und eingehende Unterredungen zwischen der V.L. resp. dem Bruderrat der Ev.Kirche der altpr.Union und den Brüdern Wurm und Meiser gepflogen worden. Aber nun zeigte sich die verhängnisvolle Bindung an die sogen. Kirchenführerkonferenz als angeblich letztes Stück legaler Zusammenfassung der verschiedenen Landeskirchen. In dieser Kirchenführerkonferenz sind auch die Vorsitzenden der Landeskirchenausschüsse als vollgültige Mitglieder vertreten und durch gemeinsames Handeln im Herbst von den lutherischen Bischöfen praktisch anerkannt. Dass sie damit einerseits die an Schrift und Bekenntnis nicht gebundenen staatlichen Kirchenleitungen anerkannten und andererseits ihre Brüder in der Bekennenden Kirche preisgaben, haben sie damals wohl nicht bedacht. Aber jetzt mussten sie dieses wissen. Trotzdem ist es bis zur Stunde nicht gelungen, sie von den Resten der Kirchenausschüsse, die ein wenig ehrenvolles Dasein nach dem Rücktritt Zoellners führen, zu lösen. Der Bruderrat der Ev.Kirche der altpr.Union hat den Landeskirchenausschuss von Altpreussen ersucht zurückzutreten, da es einerseits sinnlos ist, wenn D. Eger oder Küssner zwar ihr Mandat im Reichskirchenausschuss niederlegen, weil die Freiheit der Verkündigung angetastet ist, aber im Preussenausschuss noch glauben verharren zu dürfen. Andererseits würden diese Männer der Kirche Christi in Deutschland durch ihren Rücktritt den Dienst tun, dass sie zur Klärung der Gesamtlage wesentlich beitrügen. ...."

II.

Ein Wort aus Württemberg.

Kirchl.theol.Sozietät in Württemberg 23. Februar 1937.

..... Der überraschende Umschwung zwischen dem am Samstag, den 13.2., geplanten "Verordnungswerk" und dem Wahlausschreiben vom Montag, den 15.2., ist nur ein Wechsel in der Methode, nicht im Ziel. Die Rede Kerrls vom Samstag wird als Kommentar dieser Zielsetzung sehr zu beachten sein. Es bleibt für uns dabei: wir wollen eine Wahl, die die Kirche ordnet, aber nicht eine solche, die eine Ordnung schafft, die man nachher Kirche nennen will, die aber nicht Kirche ist. Für eine solche kirchliche Wahl ist die Voraussetzung, dass die durch die Bekenntnissynoden in Auslegung der Schrift und der reformatorischen Bekenntnisse vollzogene Scheidung zwischen Kirche und

Nichtkirche als verpflichtend anerkannt wird. Art. 1. der Verf. vom Juli 33, der den stiftungsgemässen Auftrag der Kirche zur allein bestimmenden Grundlage aller kirchlichen Ordnung macht, kann selbstverständlich nicht Gegenstand sondern muss anerkannte Voraussetzung der Wahl sein. Er kann vom Staat weder aufgebogen noch für die Wahl suspendiert werden. Das ist den staatlichen Stellen gegenüber sowohl durch die Vorl.Leitung als auch durch die "Kirchenführer" zum Ausdruck gebracht worden.

Von da aus ist zu der im Wahlausschreiben genannten Zielsetzung der Wahl zu sagen: Es kann sich nur um eine Einigung auf der Grundlage der tatsächlichen Geltung des Art. 1 handeln, d.h. um eine Einigung des Teiles des "Kirchenvolkes", das auf dieser Grundlage zu stehen gewillt ist.

Unsere Vorbereitung der Gemeinden für die Wahl hat auf dieser Grundlage zu erfolgen, gleichgültig dagegen ob und wie weit die noch nicht bekannte Wahlordnung dieser Voraussetzung Rechnung trägt. Es ist zu erwarten, dass die Bearbeitung der öffentlichen Meinung unter irgendwelchen unsachgemässen Fragestellungen geschieht (z.B. für Gewissensfreiheit gegen Ketzerrichterei und Hexenglauben; für Deutschkirche gegen Judenkirche; für die Einheit gegen den inneren Streit o.ä.), weshalb es dringend nötig ist, dass wir die Initiative behalten mit unserer Fragestellung: Kirche Jesu Christi oder Nichtkirche.

Parolen für die Wahl selbst können noch nicht ausgegeben werden, da die Pläne des Kirchenministeriums noch nicht bekannt sind. Es werden in unseren Kreisen zwei Möglichkeiten erwogen, unter denen wir an der Wahl teilnehmen können:

1. Die "kirchliche Wahl" wird zugestanden, d.h. die entsprechenden Wahlfähigkeitsbestimmungen für das aktive und passive Wahlrecht werden in die Wahlordnung aufgenommen.

2. Wir erklären vor der Wahl, dass wir, völlig unabhängig von ihrem Ausgang, ihre Zielsetzung - eine gemeinsame Generalsynode für Kirche und Nichtkirche - ablehnen.

Die Wahl bekommt dann den Charakter einer Entscheidung des Kirchenvolkes zwischen Kirche und Nichtkirche. Die Wählbarkeitsbestimmungen werden für die Kandidaten der Bekennenden Kirche angewandt. Für den Staat wäre das eine Art Bestandsaufnahme für die dann auch juristisch zu vollziehende Kirchentrennung, während sie für uns evtl. eine Grundlage für den Neuaufbau der kirchlichen Ordnung geben würde.

Ob der Staat eine dieser beiden Möglichkeiten zulässt, wissen wir nicht, können uns aber nicht denken, wie er sonst die kirchlichen Dinge bereinigen will. ... Für unsere Arbeit in der Gemeinde ist zunächst nicht wesentlich, ob einer dieser beiden Möglichkeiten uns erlauben wird, an der Wahl teilzunehmen, oder ob wir ihr fernbleiben müssen. Wir haben nur die Grundentscheidung klar zu machen, von der aus es dann nicht mehr wesentlich ist, welche konkrete Wahlparole wir ausgeben werden. ....

III. Einmütiges Vorgehen angesichts der Wahl.

Am Mittwoch, den 3. März 1937, tagte in Berlin der Reichsbruderrat. Ee fasste nach längerer Beratung unter dem Vorsitz von Präses D.Koch folgenden Beschluss:

1. Der Reichsbruderrat hält ein einheitliches Handeln der gesamten bekennenden Kirche Deutschlands für geboten und für möglich. Er ist einmütig entschlossen, sich erneut für solches Handeln einzusetzen.
2. Der Reichsbruderrat fordert die Vorläufige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche und den Rat der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands auf, miteinander Fühlung zu nehmen, insbesondere vor Herausgabe aller grundsätzlich wichtigen Verlautbarungen, um das einheitliche Handeln der bekennenden Kirche zu gewährleisten.
3. Der Reichsbruderrat fordert die Vorläufige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche und den Rat der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands auf, einen bevollmächtigten Arbeitsausschuss herauszustellen, der für die bekennende Kirche in den nächsten Wochen die Verhandlungen mit staatlichen Stellen über die mit der Wahl zusammenhängenden Fragen zu führen hat.
4. Der Reichsbruderrat beschliesst ein Wort an die Gemeinden, in welchem diese auf die Grundfrage der kommenden Entscheidungen hingewiesen werden.

IV. Die DC Rehmscher Richtung zur Wahl.

Aus: "Evangelium im Dritten Reich" Nr. 8. Berlin, 21. Februar 1937.

Die Stunde ist da!
Für eine judenfreie, deutsche, evangelische Reichskirche!
von W. R e h m , Leiter der Reichsbewegung Deutsche Christen

Die Entscheidungsstunde für die evangelische Kirche ist angebrochen. Die durch den Erlass des Führers und Reichskanzlers angeordnete Wahl einer Generalsynode für die Deutsche Evangelische Kirche stellt das deutsche evangelische Volk vor die Entscheidungsfrage, wie die Kirche ihr Verhältnis zum nationalsozialistischen Umbruch gestalten will.

Schon einmal stand die Deutsche Evangelische Kirche vor dieser Entscheidung. 1933 war ihr Gelegenheit geboten, auf den unveräusserlichen Grundlagen evangelisch-reformatorischen Glaubens ihre Beziehungen zu Volk und Staat nach den Grundsätzen der nationalsozialistischen Weltanschauung auszurichten und zu gestalten. Sie hat damals versagt. Der grösste Teil ihres Pfarrerstandes, im Pfarrer-Notbund und Bekenntnisfront organisiert, lehnte das ab und brach den unwahrhaftigen Kampf um das angeblich bedrohte Bekenntnis vom Zaun. 1935 machte der Staat zum Schutz des Bestandes der evangelischen Kirche einen entscheidenden Versuch, die bestehenden Gegensätze zu überbrücken und eine tragfähige Einheitsfront aller aufbauwilligen Kräfte zur Gestaltung einer evangeliumstreuen und volksverbundenen Kirche zu schaffen. Auch hier versagte die Deutsche Evangelische Kirche. Obwohl wir von der Reichsbewegung Deutsche Christen mannigfach unseren Willen zu diesem Aufbauwerk unter Beweis stellten, haben die Bekenntnisfront und die Bruderräte in ihrer hartnäckigen

Haltung verharrt. Wir haben bereits in unseren letzten Nummern und insbesondere in unserer Sondernummer die dunklen Mächte charakterisiert, welche hinter diesen Kreisen stehen, die ein vitales Interesse am Fortdauern des Kirchenstreites haben. Nun ist die Kirche zum dritten Mal vor die Entscheidung gestellt. Es entspricht dem Wesensgefüge des Nationalsozialismus, dass er in die inneren Fragen der Kirche nicht eingreift, die Glaubensfreiheit jedes einzelnen unangetastet lässt. Er hat die Kirche vor dem Bolschewismus gerettet. Ihr eigenes Haus soll sie selbst bauen und einrichten. Darüber aber darf kein Zweifel sein: Das evangelische deutsche Volk lehnt eine Kirche ab, welche die Regelung ihrer inneren Fragen nicht in Einklang bringt mit dem nationalsozialistischen Umbruch und deren Pfarrer sich nicht vorbehaltlos einordnen in die nationalsozialistische Front aller Deutschen.

So wird die kommende Wahl über das zukünftige Schicksal der evangelischen Kirche entscheiden. Ein grosser Teil ihres Pfarrerstandes hat sie durch den Kirchenstreit weithin unglaubwürdig vor dem Volk gemacht. Die Angehörigen der Bekenntnisbruderräte haben durch ihre Hetze gegen die nationalsozialistische Weltanschauung sich schwer an Volk und Führer versündigt, was aber bezeichnenderweise nicht zum Schaden von Führer und Volk ausschlug, sondern zum Schaden der Kirche und darüber hinaus des Reichs Gottes überhaupt. Wenn bisher keine Ruhe in der Kirche und kein erspriessliches Verhältnis zwischen ihr und dem Volk Platz greifen konnte, so trugen daran machtlüsterne und pharasäerhafte Theologen mit der ihnen eigenen antiquarischen Einstellung schuld. Anstatt dass sie die Kirche nach Gottes Willen zum Dienst am Volk ausrichteten, machten sie dieselbe zur Domäne ihres herrschsüchtigen Kastengeistes. Sie gaben dem Volk Steine statt Brot. Anstatt dass sie das Evangelium verkündigten, stritten sie angeblich um das Bekenntnis, in Wirklichkeit um ihre Selbstherrlichkeit und Macht.

Nunmehr ist das Volk selbst zur Entscheidung aufgerufen. Wir danken dem Führer und Reichskanzler für die angeordnete Entscheidung. Das evangelische Volk selbst kann und soll nun bestimmen, welche Kirche es haben will: Eine pharasäerhafte, volksabgewandte Sektenkirche der Bekenntnisbruderräte - oder eine volksverbundene evangelische Reichskirche. Eine sogenannte Bekenntniskirche, die mit dem Judentum nachgewiesenermassen innerlich und äusserlich noch die Gemeinschaft aufrecht erhält - oder eine judenfreie, artbewusste, evangelische Reichskirche (vgl. Sondernummer des "Positives Christentum" vom 14. Februar 1937.). ..... Eine Kirche, welche ein Hort der verschwindenden Minorität der Ewig-Gestrigen ist und vom Undank gegen Gottes grosse Fügung ihr trauriges Leben fristet, bis sie vollends zugrunde geht - oder eine Kirche, die Gott und unsrem Führer dankbar ist für den neuen Aufstieg und ihren göttlichen Auftrag an unserem von Gott zu grossem Werk berufenen Volk erfüllt.

In den geistigen Ringen der letzten Monate sind die Fronten absolut klar geworden. Daraus sind nun rückhaltlos die Folgerungen zu ziehen. .....

Darum geht es bei der kommenden Wahl - und das ist zugleich die Entscheidung über die Erhaltung der evangelischen Grundsubstanz unserer Kirche - :

G e g e n Liberalismus, Klerikalismus, Judentum in der Kirche!
F ü r Evangelium und nationalsozialistische Volksverbundenheit!

Die Thüringer DC zur Wahl: (Wahldienst S. 5.)

V. Bericht über eine Versammlung der "Volkskirchenbewegung Deutsche Christen" mit "Reichsvikar" Dr. E n g e l k e am 31.1.1937.

Volksstaat und Volkskirche

Anknüpfend an die Rede des Führers vom 30.1. erklärte er, Volk und Staat haben sich gefunden, aber Volk und Kirche nicht. Das Verhältnis zwischen Staat, Kirche und Volk ausgedrückt in dem von Gott geschaffenen Verhältnis: Der Staat, die Kirche, das Volk: der Vater, die Mutter, das Kind; also Staat und Kirche von Gott geschaffen als eine Ehe. Gott schuf die Frau, dass sie Gehilfin sei des Mannes und sich ganz als Weib restlos hingebe an den Mann und so ganz Weib, er ganz Mann werde (sehr drastisch ausgeführt). Wo die Ehe stimmt, ist die höchste Zweieinigkeit, das höchste Glück, Paradies auf Erden und kann von Gott durch die Gabe eines Kindes zur höchsten Zweieinigkeit gemacht werden. Aber leider statt Zweieinigkeit: Zwiespalt; und zwar deswegen, weil "sie" die Hosen anhat, "ihn" unter dem Pantoffel haben will. Da die Frau (Kirche) durch andauernde, hysterische, querulierende Moralpauken und durch öffentliches Schimpfen auf den Mann dessen Kredit bei den anderen Männern aufs schwerste schädigt (vgl. die Schrift der VKL und deren aussenpolitische Wirkung), überlegt sich der Mann mit Recht Distanzierung oder Scheidung von der Frau. Die Ehe unglücklich (Papst, Kaisertum, Canossa), das müssen die Kinder bezahlen; das Volk! Luther gegen den falschen Anspruch der katholischen Mutterkirche.

Anschliessend längere Schimpfkanonade über die Schrift der VKL und gegen das Predigen der ev.Mutter-Kirche, das nicht hilft, sondern nur quakt und meckert gegen die gewaltigen Erfolge des Staates und noch keinen Arbeitslosen wieder in Arbeit gebracht habe. Die Kirche, dieser "weichliche, weibische, wacklige Kram" will doch blos Mann und Kind, Staat und Volk, verweichlichen; unsere Kirchenlieder sind Schlaflieder, unsere Predigten weiblich, meckernd, jammernd und klagend. ...

Christus selber hat "keine Kirche gegründet, keinen Gottesdienst gehalten, hat nur im Freien gepredigt, also nichts von dem getan, was eine Kirche ausmacht (!), sondern gegen die Frommen, die Priester und Tempelleute gekämpft." Nur der Teufel macht aus dem Frommen einen Pharisäer, aus dem Gottesdienst Dienst am eigenen Selbst. Aus der falschen Frömmigkeit wird Kult, ein Versicherungsgeschäft mit Gott (er zitiert Amos 5 gegen Kult). Die "Vertreter Gottes" haben Gottes Sohn wegen Gotteslästerung zu Gottes Ehre an den Galgen gehängt. Gegen diesen "diabolus", den "Durcheinanderschmeisser", kämpft Christus heute wie damals, und wir stehen in einer Zeit der Reformation oder mindestens der Vorreformation. Wir kämpfen mit ihm um eine neue, junge, fröhliche, sich hingebende Mutter "Kirche" für den Staat.

Nun aber hat der Staat zwei Frauen, und in dieser Mischehe sind die Kinder halb katholisch, halb evangelisch. Um der Familiengemeinschaft willen kann der Vater Staat nichts anderes als entkonfessionalisieren. Auch unser Ziel um des Glaubens an Christus willen, der das Unmögliche machen kann: Die Einheitskirche. Warum auch nicht, da schon in der Reformationszeit neun Zehntel Deutschlands evangelisch waren! Unsere nationalsozialistische Schulung lockert in wunderbarer Weise den Boden für diese Erkenntnis. ....

In einem anschliessenden Gespräch sagte Dr. Engelke:

Christus sei nicht Gottes Sohn in massiv-biblischem Sinne, Gott habe sich in ihm ähnlich wie in Adolf Hitler uns geoffenbart. "Alles andere sind eure verdammten theologischen Konstruktionen!"

"Auf das Alte Testament müssen wir verzichten, und auch Paulus und Johannes müssen in den Hintergrund treten."

"Ihr Theologen, Ihr seid die Kleingläubigen! Warum bringt ihr es nicht fertig, einmal auf alles zu verzichten und euch in bedingungslosem Glauben Gott auszuliefern, dass e r alles mache ohne eure theologischen Sicherungen? Ich habe auf alles verzichtet, radikal alles, auf jede Theologie, auf jedes Bekenntnis, auf jede Kirche und Schule, auch auf die Bibel!, und ich habe mich in gewaltigem Glauben vor Gott gestellt, e r möge a l l e s n e u machen."

Gefragt nach einer Möglichkeit des kirchlichen Neubaues: "Ich sehe absolut keine Möglichkeit; wir müssen alles zertrümmern, auf alles verzichten, damit Gott alles neu machen kann. Und der Herr Reichsbischof? Er hat sich lediglich aus Loyalität einige Zeit zurückgezogen; er nimmt seine Arbeit wieder auf."

"Die antichristliche Schulung Rosenbergs hat dieselbe Aufgabe, das Falsche zu zerstören und den Boden für das Neue aufzulockern."

Auf die Feststellung: "Dieser Engelke und der frühere Engelke sind das glatte Gegenteil" antwortete Engelke: "Mein Lieber, ein Kommender wird einmal seine Lizentiaten-Arbeit darüber machen und feststellen, dass sich der Engelke vollständig gleich geblieben ist."

VI. Das Schwarze Korps zur Wahl.

.....Der nationalsozialistische Staat war grossmütig genug, den christlichen Bekenntnissen völlige Freiheit ihrer Verkündigung zu lassen. Er schloss mit dem Vatikan einen Vertrag und gab den in viele Landeskirchen zersplitterten Evangelischen starke Hilfsstellung zum Bau einer nach aussen und innen einheitlichen Kirche, die ihrer Aufgabe der Seelenbetreuung gewachsen sein konnte.

Die staatlichen Schutzmassnahmen wurden jedoch durchweg falsch verstanden und ausserdem mit einer Überfülle von Undank beantwortet. Mancher "Verfechter des reinen Glaubens" sah sich bereits als Märtyrer, da ihm zu Besserem die Kraft fehlte.

Der Führer hat durch sein Befriedungswerk für die evangelische Kirche nun all den falschen Propheten einen Strich durch die Rechnung gemacht. Kein Wunder, dass den betroffenen Kreisen der Atem stockt.

Jetzt heisst es, die Kraft zu zeigen, die hinter den tönenden Worten steckt. Die grosse Stunde hat geschlagen!

Wir nehmen einstweilen als selbstverständlich an, dass die evangelische Kirche ein hohes Lied der Freude anstimmt. Sie leidet ja jetzt nicht einmal mehr unter einem Schein der Möglichkeit einer staatlichen "Bevormundung". Der Freiheit sind keine Grenzen gesetzt.

.....Es wird bei dieser Wahl nicht uninteressant sein festzustellen, wieweit sich der Begriff Kirchenvolk heute noch deckt mit dem aus den staatlichen Steuerlisten erkennbaren Mitgliederbestand.

Es ist das Verdienst Adolf Hitlers, durch die Ausschreibung von Wahlen zu einer Generalsynode dem Kirchenvolk das Selbstbestimmungs-

recht gegeben zu haben. Wir sind überzeugt, dass sich das Bild entscheidend ändern wird. Auf jeden Fall wird es übersichtlicher und den Tatsachen entsprechend.

Niemand kann in Deutschland behaupten, in Glaubensdingen eingeengt zu werden. Es wird aber in Zukunft auch niemand seinen Einfluss auf deutsche Menschen grösser oder kleiner hinstellen können, als er tatsächlich ist. ....

VII. Antwort des Stellvertreters des Führers auf das Schreiben d.VL.

Wie wir meldeten, hat die Vorläufige Leitung eine Reihe von grundsätzlichen Eingaben zur Wahl an den Stellvertreter des Führers gerichtet. Von diesen Eingaben ist bisher nur eine einzige, diejenige vom 21.2.37, beantwortet worden. Die Antwort hat den folgenden Wortlaut: (Abschrift)

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Der Stellvertreter des Führers — München, den 25. Febr.37
Stab — Braunes Haus
III/16 - L.

An die
Vorläufige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche
Berlin-Dahlem
Friedbergstr.11

Betr. Ihre Eingabe vom 22. Februar 1937.

Ihre Eingabe vom 22. Februar 1937 habe ich mit der Bitte um zuständige Erledigung an den Herrn Reichs- und Preussischen Minister für die kirchlichen Angelegenheiten abgegeben.

Heil Hitler!
gez. S o m m e r

IX. Stellung der Partei zum Christentum. (Abschrift von Abschrift)

NSDAP ....., den 1. März 1937.
.....
Der Ortsgruppenleiter

O r t s g r u p p e n f e h l .....

9. Kirchenfragen.

Hiermit gebe ich den Gausonderbefehl vom 22. Februar 1937 bekannt. In der letzten Zeit mehren sich die Anfragen aus Kreisen der Parteigenossenschaft über die Stellung der Partei zum Christentum und zu den das Christentum vertretenden Konfessionen. Insbesondere wird immer wieder angefragt, ob der einzelne Parteigenosse seitens der Partei gezwungen werden kann, aus der Kirche auszutreten. Ich wiederhole daher noch einmal ausdrücklichst den Standpunkt der Partei:

Die NSDAP ist eine politische Organisation und kämpft nur auf politischem Gebiet. Diskussionen konfessioneller oder religiöser Art sind innerhalb der Partei strengstens verboten. Es ist die persönlichste Angelegenheit des einzelnen Parteigenossen, wie er zu diesen Fragen Stellung nimmt. Kein Parteigenosse und insbesondere die Führer der Partei in allen ihren Gliederungen haben ein Recht, die Parteigenossenschaft, insbesondere die ihnen unterstellten Parteigenossen, zu beeinflussen, diese oder jene Haltung zum Christentum und zu den Konfessionen einzunehmen. Auf ausdrücklichste Anordnung des Stellvertreters des Führers mache ich bekannt: Jeder Partei-

genosse, der seine Stellung in der Partei dazu missbraucht, einen Druck auf andere Parteigenossen auszuüben und sie zu beeinflussen, aus der Kirche auszutreten, wird rücksichtslos aus der NSDAP ausgeschlossen. Der Stellvertreter des Führers hat ausdrücklich angeordnet, dass diese Diskussionen endgültig aus den Kreisen der Partei zu verschwinden haben und dass die religiöse Überzeugung die Privatsache des einzelnen Parteigenossen persönlich ist. Ich erwarte daher, dass die Geschlossenheit des Gaues auf keinen Fall durch Bilderstürmerei gestört wird.

Dieser Befehl ist sofort den Parteigenossen bekanntzugeben.

gez. Unterschrift, Ortsgruppenleiter.

X. Wahlversammlungsfreiheit für Deutsche Christen in Sachsen.

Abschrift von Abschrift,

Der Reichsstatthalter in Sachsen — Dresden N 6, am 2. März 1937.
- Landesregierung -
Ministerium des Innern

Vc: 33092/197

Abschriftlich an die Herren

Kreis- und Amtshauptleute, Leiter der Geheimen Staatspolizei - Staatspolizeistelle Dresden und Staatspolizeistellen Dresden - Leipzig - Chemnitz - Plauen - Zwickau, Oberbürgermeister der Stadtkreise - mit Ausnahme von Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen und Zwickau - , denen die Befugnisse der unteren Staatsverwaltungsbehörde voll übertragen sind,

zur Kenntnisnahme und Beachtung.

Im Auftrag:
gez. Dr. O h l i g

Ausgefertigt:
Dresden, den 2. März 1937
gez. Förster JS.

Abschrift

Der Reichsstatthalter in Sachsen
VIII 840/ 1:1

An
Herrn Staatsminister Dr. Fritsch
Dresden N 6

Ich ordne hiermit an, dass aus Anlass der bevorstehenden Kirchenwahl s ä m t l i c h e V e r s a m m l u n g e n der Deutschen Christen erlaubt sind und dass von der einschränkenden Bestimmung, nur Mitglieder der Deutschen Christen zu diesen Versammlungen zuzulassen, abgesehen wird.

(gez.) Martin M u t s c h m a n n